

Antrag der Fraktion der CDU**Kein Pardon für sprachliche Brandstifter – Mord und Zwangsarbeit haben keinen Platz in der politischen Debatte!**

Die Debatte über die Verrohung der Sprache in unserer Gesellschaft und in der politischen Debatte ist keinesfalls neu. In der jüngeren Vergangenheit sahen sich besonders und zu recht Vertreter aus dem extremen politischen Spektrum dem Vorwurf ausgesetzt, sie würden die Grenzen des Sagbaren stetig austesten und oftmals überschreiten, wodurch die Debattenkultur nachhaltig und negativ verändert wird. Richtigerweise war der mediale Aufschrei angesichts populistischen Entgleisungen breit und umfassend.

Unter dem Motto: „Das Land verändern: für einen sozialökologischen Systemwechsel“ fand vom 29. Februar bis 1. März 2020 eine Strategiekonferenz der Partei DIE LINKE in Kassel statt. Dort wurde leider deutlich, dass sprachliche Entgleisungen und Gewaltphantasien gegenüber politischen Gegnern keineswegs ein singuläres Phänomen am äußersten rechten Rand ist. Vielmehr konnte eine Kongressteilnehmerin nahezu unwidersprochen über die Erschießung von einem Prozent der „Reichen“ sprechen. Der Umstand, dass der anwesende Bundesvorsitzende der Partei DIE LINKE diese Aussage zu entschärfen versuchte, indem er davon sprach, „die Reichen“ lieber einer „sinnvollen“ Arbeit zuführen zu wollen machte das Gesagte damit keinesfalls ungeschehen, sondern zeigte viel mehr die tatsächliche Gesinnung des Parteivorsitzenden.

Für Volksvertreterinnen und Volksvertreter der demokratischen Mitte muss ein Grundkonsens darüber bestehen, im politischen Diskurs ein Mindestmaß an Respekt aufzubringen – auch und gerade dem politisch Andersdenkenden gegenüber. Diese Lehre sollten alle Demokratinnen und Demokraten aus den dunkelsten Stunden der Deutschen Geschichte – der Diktatur der Nationalsozialisten – gezogen haben. Gerade vor dem Hintergrund der im Zweiten Weltkrieg in Deutschland stattgefundenen Zwangsarbeit von mehr als zwanzig Millionen Menschen, ist eine Verharmlosung dessen unverantwortlich und nicht akzeptabel. Sprachliche Brandstiftung muss daher als solche benannt und unmissverständlich geächtet werden – in Bremen und anderswo.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) verurteilt die auf der Strategiekonferenz der Partei DIE LINKE in Kassel getätigten Aussagen hinsichtlich der Erschießung und möglichen Zuführung zur Zwangsarbeit von Menschen aufs Schärfste. Jegliche Form der Gewalt, ob „nur“ angedroht oder tatsächlich angewendet, ist inakzeptabel und darf kein Mittel der politischen Auseinandersetzung sein.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) stellt unmissverständlich klar, dass die Menschenrechte, zuvorderst die körperliche Unversehrtheit sowie die Selbstbestimmtheit eines jeden Einzelnen, selbstverständlich auch für politisch Andersdenkende gelten. Phrasen zu Mord und Zwangsarbeit – auch im satirischen

oder humoristischen Kontext – haben im verantwortungsvollen politischen Diskurs einer Demokratie keinen Platz.

Christoph Weiss, Jens Eckhoff, Thomas Röwekamp
und Fraktion der CDU